



Juri
Uri, 6460 Altdorf

Freitag, 5. Juni 2016

Pressemitteilung der SVP URI vom 5. Juni 2016 zu den nationalen und kantonalen Abstimmungsvorlagen.

Nationale Vorlagen

Klares Nein zur Initiative „Pro Service Public“

Die SVP Uri ist erfreut über die klare Ablehnung zu dieser Vorlage. Die Initiative verlangte, dass bundesnahe Betriebe wie Post, Swisscom und SBB in der Grundversorgung nicht nach Gewinn streben sollen. Es ist jedoch wichtig und sinnvoll, dass auch diese bundesnahen Unternehmen möglichst effizient und gewinnorientiert geführt werden. Dienstleistungen des Service Public, die nicht durch den offenen Markt abgedeckt werden (z.B. Poststellen in kleineren Ortschaften), gilt es bei kritischer Abklärung der Bedürfnisse zu prüfen und dann angepasst an die Örtlichkeit zu sichern. Dabei darf man aber nicht an Altgewohntem hängen, es gilt viel mehr sich der Kosten-Nutzen Frage des „Service Public“ kritisch zu stellen.

Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“

Die Volksinitiative, die ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle fordert, wurde wie erwartet deutlich abgelehnt. Sogar Befürworter dieser sozialistischen Idee sprachen im Abstimmungskampf von einer Vorlage, die einzig als Diskussionsbasis für neue Gesellschaftsmodelle diene. So konnten die Initianten im Abstimmungskampf auch keine Antwort zur Finanzierung der zusätzlichen 200 Milliarden CHF geben. Aus Sicht der SVP Uri wird das Schweizer Initiativrecht durch solche Vorlagen klar missbraucht.

Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“

Die SVP Uri bedauert das klare Nein zur Initiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“. Mit der Vorlage hätten auch die Gemeinden profitiert, nun müssen sie ihre Strassen weiterhin mit den allgemeinen Steuergeldern berappen. Der Individualverkehr finanziert somit nicht diese Kosten auf Gemeindeebene sondern weiterhin die allgemeinen Ausgaben des Bundes.

Fortpflanzungsmedizingesetz

Die Kritik bei der Vorlage über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung ging durch alle Parteien, dabei handelte es sich vor allem um moralische Bedenken. Das Gesetz lässt sich kaum klar in politische Lager einteilen, so war sie auch in der SVP umstritten. Das äusserst knappe Ja zur Vorlage bestätigt diese weit verbreitete Kritik. Das nun angenommene Gesetz weist klare Grenzen auf, die nun aber auch klar und scharf eingehalten werden müssen. Weitere Lockerung bezüglich pränatalen Untersuchungen würden vom Schweizer Volk wohl nicht mehr goutiert.

Änderung des Asylgesetzes

Mit der Änderung des Asylgesetzes werden nun Gratisanwälte und die Enteignung von Immobilien ermöglicht. Das Gesetz verspricht eine Beschleunigung der Verfahren wobei aber einzig die Aufnahme der Personen im Asylverfahren beschleunigt werden sollen. Mit den Gratisanwälten werden aber auch diese Verfahren tatsächlich kaum beschleunigt.

werden können. Als Resultat werden einzig mehr Wirtschaftsflüchtlinge in kürzerer Zeit aufgenommen, die Rückweisung der Menschen ohne Asylgrund wird nicht beschleunigt. Im Gegenteil, das Recht auf Enteignung durch das Departement unter Bundesrätin Sommaruga wird deren Verbleib in der Schweiz leider vereinfachen.

Kantonale Vorlagen

Änderung Gesundheitsgesetz

Die Annahme des Gesundheitsgesetzes ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung unserer gesundheitlichen Grundversorgung insbesondere in den Randregionen. Mit dem jetzt zur Verfügung stehenden finanziellen Anreizsystemen sendet Uri ein positives Signal an Hausärzte aus der ganzen Schweiz aus. Klar kann jetzt nicht mit einem Ansturm gerechnet werden. Die Sicherstellung der Grundversorgung wird weiterhin eine grosse Herausforderung für die Gemeinden bleiben.

Ja zum Gesetz zur Besetzung von Behörden

Mit dem Gesetz zur Besetzung von Behörden wird das alte Gesetz aus dem Jahr 1890 an die Anforderungen der heutigen Zeit angepasst. Das Gesetz regelt bei der Amtspflicht klare Ablehnungsgründe und ein rechtsstaatliches Verfahren, wobei dieses in den Gemeinden auch zukünftig pragmatisch und vernünftig angewendet werden dürfte.

Ja zum Gesetz über die finanzielle Unterstützung des Schwimmbads Altdorf

Die SVP Uri hat sich im Abstimmungskampf klar für das Schwimmbad Moosbad in Altdorf ausgesprochen und sich auch grundsätzlich für eine langfristige Regelung der Finanzierung ausgesprochen welche die Gemeinden miteinbezieht.

Das neue Gesetz weist aber Fehler auf. So haben die finanzierenden Gemeinden kein Mitspracherecht und der Split der Gemeinden mit dem die Mitfinanzierung geregelt wird berücksichtigt nicht deren Investitionen in eigene Bäder. Gemeinden mit eigenen Bäder entlasten das Moosbad und sollten nach Ansicht der SVP entsprechend abgegolten werden. Das Urner Stimmvolk hat mit der Annahme aber ein klares Votum gesprochen und dieser Finanzierung entsprochen.

Das weitere Anliegen eines gemeinsamen Gesetzes zur Finanzierung der drei Institutionen mit kantonaler Bedeutung (Schwimmbad Moosbad, theaterUri und Kantonsbibliothek) wird die Fraktion der SVP im Landrat weiterverfolgen. Das klare Abstimmungsergebnis wird zwar in dieser Frage ein Präjudiz darstellen, die SVP wird sich aber klar für mehr Mitsprache der Gemeinden einsetzen und sich für eine Finanzierung aussprechen, welche die Leistungen der Gemeinden mehr berücksichtigt.

Die SVP Uri dankt den Urnengänger für Ihr Vertrauen!

SVP URI